

6. Hilfe für die Alliierten: Von Lewis' Rücktritt im November 1940 bis zum Angriff auf Pearl Harbor im Dezember 1941

Lewis' Rücktritt und die Convention November 1940

Die 1940er Convention des CIO wurde von vielen Beobachtern als einer der turbulentesten Kongresse in der Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung empfunden. Die Ausläufer des Präsidentschaftswahlkampfes waren deutlich spürbar. John L. Lewis stand zu seinem Wort und trat von seinem Amt als Präsident des CIO zurück. Sein Rücktritt ließ an dramatischen Effekten nichts zu wünschen übrig. Nachdem er mit versagender Stimme und Tränen auf den Wangen das Rednerpult nach seiner Begrüßungsansprache verlassen hatte, hielten UMW-Delegierte und Vertreter des linken Flügels Plakate mit der Aufschrift "Draft Lewis" hoch, riefen "Lewis is our leader" und demonstrierten so etwa eine Stunde für dessen Wiederwahl. Viele Delegierte weinten während seiner Rede.¹²³

Auch wenn Lewis versucht gewesen sein sollte, dem nachzugeben und sich einer Wiederwahl zu stellen - er tat es nicht. Um sein Gesicht zu wahren, blieb ihm keine andere Möglichkeit als der Rücktritt. Daran konnte auch der Enthusiasmus seiner Anhänger nichts ändern. Doch erst nach einem Versuch Lewis', die Spaltung des CIO zu provozieren (der auch seine Anhänger befremdete) und einer zweistündigen Rede Sidney Hillmans für den Kandidaten Phil Murray gab Lewis auf. Er hätte zwar eine Mehrheit bekommen können, jedoch mit unabsehbaren Folgen für den CIO und einer erodierten Machtbasis für ihn selbst.¹²⁴

¹²³ vgl. Rose M. Stein: "Murray to the Rescue" in: The Nation, Nov. 30, 1940, die schreibt, daß die pro-Lewis Demonstrationen von solch "abstoßender Länge" ("nauseating lengths") gewesen seien, daß sie das Gegenteil dessen bewirkten, was beabsichtigt war, p. 525, (künftig zit. als: Stein, "Murray")

¹²⁴ Stein, "Murray", p. 525

Die von der Convention verabschiedeten Resolutionen zur Außenpolitik trugen den Charakter von Formelkompromissen. Die Resolution "Preservation of Peace and Democratic Institutions" forderte

...that this nation must not enter into any foreign entanglements which may in any way drag us down the path of entering or becoming involved in foreign wars. Eternal vigilance by organized labor will be the basic guarantee that a repetition of 1917 will be avoided and that peace and security of this nation will be preserved.¹²⁵

In derselben Resolution wurde jedoch auch betont,

...that the Congress of Industrial Organizations, its officers, constituent unions and membership are fully prepared to discharge our responsibilities in the approaching national emergency to the best interest of the United States of America.¹²⁶

Wenn man auch unterschiedlicher Meinung sein konnte, wie das Interesse der USA zu definieren sei, so war doch hier erstmals angedeutet, daß der europäische Krieg früher oder später die USA in einen "nationalen Notstand" versetzen würde.

Eine ähnlich ambivalente Aussage hatte die Resolution "Protection of Labor in Administration of Conscription Law". Nachdem zuerst darauf hingewiesen wurde, daß die Mehrheit der CIO-Gewerkschaften den *Selective Service Act* bei seiner Verabschiedung ein halbes Jahr zuvor abgelehnt hatte, wurde dann nicht etwa dessen Aufhebung gefordert, sondern eine größere Beteiligung von Gewerkschaftern an den Musterungskommissionen sowie die soziale Absicherung der Rekruten und deren Familien. In der anschließenden Debatte forderte lediglich Ben Probe von den *United Cement Workers* die Abschaffung des Wehrdienstes. Er begründete seine Ablehnung mit dem verständlichen Hinweis auf sein Alter (31 Jahre), das für ihn im Kriegsfall die sichere Einberufung bedeute.¹²⁷ Alle anderen Redner hielten eine Abschaffung des *Selective Service Act* weder für realistisch noch für wünschenswert. Thomas

¹²⁵ *Daily Proceedings of the Third Constitutional Convention of the Congress of Industrial Organizations 1940* (künftig zit. als: *Conv. Proc. 1940*), p.227

¹²⁶ *Conv. Proc. 1940*, p.228

¹²⁷ *Conv. Proc. 1940*, p.220-221

Burns von den *United Rubber Workers* artikulierte die Stimmung der Mehrheit der Redner:

...to ask that the Conscription Act at this time be withdrawn...would be to give Adolf Hitler the best news he has had in many a year.

Die aktuelle Bedrohung der USA, so Burns und die meisten anderen Redner, sei keineswegs zu unterschätzen. Burns nahm eine Differenzierung vor, die das immer wieder benutzte Argument von der Sinnlosigkeit des amerikanischen Engagements im Ersten Weltkrieg relativieren sollte:

The democracies that are not in existence in the world today are not out of existence because of the men who fought and died, they are out of existence because of the very bad peace that was made after that war, and America must take its blame for that kind of peace...¹²⁸

Das bedeutete für ihn jedoch keine Verpflichtung der USA, aktiv in den Krieg einzugreifen. Keiner der Redner forderte eine militärische Intervention im europäischen Krieg - im Gegenteil lehnten dies alle übereinstimmend ab. Doch aus vielen Stellungnahmen sprach eine tiefe Unsicherheit darüber, ob die USA nicht früher oder später gezwungen sein würden, in den Krieg zu ziehen und ob es in der Macht des CIO liege, dies zu verhindern. In der Debatte um die Resolution "Preservation of Peace and Democratic Institutions" meinte der Delegierte Buckmaster von den *United Rubber Workers*, die Fähigkeit der USA, sich aus dem Krieg herauszuhalten, sei nicht von der Existenz einer starken Gewerkschaftsbewegung abhängig. Denn, so Buckmaster, es habe starke Gewerkschaften auch in Frankreich und Deutschland gegeben - diese hätten Hitler nicht verhindert.¹²⁹

Einen Schritt weiter ging Walter Reuther von den UAW. Verstärkte Rüstung und Wehrpflicht seien unumgänglich. Die Frage laute nicht: "Are we going to build armaments that are adequate?", sondern "...under what conditions are we

¹²⁸ *Conv. Proc. 1940*, p.222

¹²⁹ *Conv. Proc. 1940*, p.232

going to do that job?"¹³⁰ Die Unterstützung des Verteidigungsprogrammes müsse mit dem Kampf um die Durchsetzung des *Wagner Act* einhergehen. Auch er hielt es nicht für nötig, amerikanische Soldaten nach Europa zu schicken. Großbritannien müsse jedoch alles an Flugzeugen und Ausrüstung erhalten, was es benötige.¹³¹

Der rechte Flügel drängte im Interesse der nationalen Verteidigung auf Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der A.F. of L., um so zumindest die Konflikte über den Vertretungsanspruch der jeweiligen Gewerkschaften in der Verteidigungsindustrie beizulegen. Lewis lehnte dies brüsk ab und forderte die *Amalgamated Clothing Workers* auf, den CIO zu verlassen (ein ACWA-Delegierter hatte den Antrag über die Aufnahme von Verhandlungen mit der A.F. of L. gestellt). Sidney Hillman, *defense commissioner* und Vorsitzender der ACWA, wies Lewis' ultimative Geste zurück.¹³²

Dies war nicht die einzige an Hillman und den rechten Flügel gerichtete Spitze. In seinem Rechenschaftsbericht kritisierte Lewis die Berufungspraxis des *defense commissioner* Hillman. Hillman hatte zwar in sein 16-köpfiges Beratungsgremium sieben Funktionäre von CIO-Gewerkschaften berufen, doch ohne Rücksprache mit dem Präsidium - also mit Lewis - zu halten. In seiner Bewertung der Arbeit des NDAC stellte der Bericht Defizite bei der Durchsetzung des *Wagner Act* fest und verlangte, die Vergabe von Regierungsaufträgen von der Einhaltung der Bestimmungen des *Wagner Act* abhängig zu machen.¹³³ Das war auch Hillmans Ziel. Umstritten war zwischen Lewis und Hillman, wie der CIO im politischen Prozeß am besten seine Forderungen würde durchsetzen können. Während Lewis auf Konfrontation setzte, suchte Hillman die Kooperation mit der Administration.¹³⁴

¹³⁰ *Conv. Proc. 1940*, p.230/231

¹³¹ *Conv. Proc. 1940*, p.231

¹³² Stein, "Murray", p. 525, Lenburg, *CIO*, p.67

¹³³ *Conv. Proc. 1940*, p. 48-49

¹³⁴ vgl. Melvyn Dubofsky: "John L. Lewis and American Isolationism" in: Schacht, John N. (ed.) *Three Faces of Midwestern Isolationism*. Iowa City, Iowa Center for the Study of

Auffällig ist das Schweigen der immerhin relativ großen linken (d.h. kommunistischen), und, seit dem Hitler-Stalin-Pakt, isolationistischen Minderheit im CIO. Einzig Mike Quill von den *Transport Workers* meldete sich zu Wort. Die beste Landesverteidigung, so sagte er in seiner Rede, sei die Beschaffung von Arbeitsplätzen. Quill war der einzige Redner, der die ehemals so populären Argumente des Nye-Committee aufnahm: "...I am against taking American soldiers overseas to fight in foreign wars for the defense of bankers' profits."¹³⁵ Bis zum Hitler-Stalin-Pakt hatte die Linke die Volksfront-Taktik des Komintern vertreten und vehemente Bekämpfung des Faschismus propagiert. Seit dem Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion war sie strikt isolationistisch. Für ihre Schweigsamkeit findet James Lenburg die Erklärung: "The Left became more vulnerable because it became more visible." Dies ist eine Verschleierung der wahren Gründe: Die Linke kam vor allen Dingen wegen ihrer offensichtlichen Befehlsempfängerfunktion unter Druck. Sie folgte der stalinistischen Komintern bei allen außenpolitischen Wendungen, was für viele ihre politische Glaubwürdigkeit und moralische Integrität in Zweifel stellte. Dieser Glaubwürdigkeitsverlust ist in mehreren Quellen belegt, wurde aber bislang in der Sekundärliteratur nicht zur Kenntnis genommen. Es ist zu vermuten, daß sich die Linke nach ihrer außenpolitischen Kehrtwende ihrer Verwundbarkeit und Unglaubwürdigkeit durchaus bewußt war und es deshalb vorzog, unscheinbar aufzutreten.¹³⁶

Weder rechter noch linker Flügel wollten jedoch an dieser Frage den Dachverband zerbrechen lassen, zumal sich beide Seiten einig waren, daß keine

the Recent History of the United States 1981. Der gemeinsame Nenner aller CIO-Funktionäre, nämlich industrieweites *collective bargaining*, wurde zusammengefaßt von Phil Murray: Murray, Philip : "Labor and Responsibility", in: *The Virginia Q. Rev.*, April 1940, p. 267-278

¹³⁵ *Conv. Proc. 1940*, p.229

¹³⁶ Das Zitat bei Lenburg, *CIO*, p.54. Der Glaubwürdigkeitsverlust der Kommunisten ist belegt bei: Crawford, Kenneth G.: "The Lewis-Roosevelt Feud" in: *Nation*, Feb.24, 1940, p.272; Neuberger, Richard L.: "Lewis and the Third Term", in: *The Nation*, Nov. 25, 1939, p.571

amerikanischen Soldaten in den europäischen Krieg geschickt werden sollten und mußten. Einigkeit bestand auch über das gesellschaftliche Programm des CIO: Organisation der noch unorganisierten Arbeiter in den Massenproduktionsindustrien, institutionelle Sicherung der Gewerkschaften durch eine strikte Durchsetzung des *Wagner Act*, weitgehende Beteiligung an der Gestaltung der Verteidigungsanstrengungen und eine keynesianische, an Vollbeschäftigung orientierte Wirtschaftspolitik.¹³⁷ Überhaupt lag der Schwerpunkt der Debatte bei den unumstrittenen innenpolitischen Forderungen; die Turbulenzen um Lewis' Rücktritt täuschten über diese grundsätzliche Einigkeit hinweg.¹³⁸ Dennoch gab es auch nicht zu übersehende Risse, die durch die eingangs erwähnten Formelkompromisse geklammert werden sollten. Lewis' Rücktritt stärkte den rechten, sozialdemokratischen Flügel im CIO, der sich von der Kooperation mit Roosevelt mehr versprach als von der Konfrontation, und der England mit allen Mitteln diesseits einer direkten militärischen Intervention unterstützen wollte.¹³⁹

Lend-Lease

Im Januar 1941 begann die Debatte um das Lend-Lease-Programm. Mit einer Mehrheit von vier zu zwei Stimmen stimmte der CIO-Vorstand für die Unterstützung von *Lend-Lease*. In einem Brief an den Vorsitzenden des *Senate Foreign Relations Committee*, Walter F. George, erklärte Murray, die Kriegsschuld liege bei den totalitären Mächten. England müsse geholfen werden, wenn es auch keine direkte amerikanische Beteiligung geben könne. Er forderte die Anerkennung der Arbeitnehmerrechte, so wie sie im *Wagner Act*, dem *Fair Labor Standards Act* und im *Walsh-Healey Act* festgehalten waren. Murray sprach sich gegen das *Convoying* aus: "This matter should not be left to administrative determination but should be clearly prohibited by Congress."¹⁴⁰

¹³⁷ Vgl. Rose M. Stein: "A Talk With Philip Murray" in : *The Nation*, Dec. 21, 1940, p. 630 (künftig zit. als: Stein, "Talk")

¹³⁸ *Conv. Proc. 1940*, p.49-51

¹³⁹ vgl. Stein, "Talk", p.631

¹⁴⁰ zit nach Lenburg, *CIO*, p. 77

Innen- und außenpolitische Argumente vermischten sich deutlich. In einer Pressemitteilung der ACWA vom 28. Januar 1941 hieß es, die Gegner der Hilfe für England seien diskreditierte Isolationisten und "confirmed Roosevelt-haters and Tories of both the Democratic and Republican parties...who were defeated at the polls in the last general election."¹⁴¹

Die Linke lehnte Hilfe für England bis zum Überfall auf die Sowjetunion kategorisch ab. *Lend-Lease*, so ein Editorial der *UE News*, sei "a plan that shifts the financial burden of a European war to the backs of the common people of the United States". Die *UE News* ignorierte Philip Murray, den neuen Präsidenten des CIO, völlig in ihrer Berichterstattung und räumte isolationistischen Aktivitäten breiten Raum ein. Julius Emspak nannte *Lend-Lease* "a war bill".¹⁴²

Die Streikwelle 1941

Anfang 1941 nahmen die Konflikte an der Tariff front, an der es 1940 relativ ruhig gewesen war, wieder zu. Von Dezember 1940 bis März 1941 stieg die Zahl der Streiks von 147 auf 316 und die Zahl der in Streiks verwickelten Arbeitnehmer von 458 314 auf 1 543 803.¹⁴³ Die Gründe für die wachsende Streikbereitschaft lagen in der durch den plötzlichen Boom beschleunigten Lohn-Preis Spirale. Mit der gestiegenen Nachfrage explodierten die Preise, so daß die Löhne hinter den gestiegenen Lebenshaltungskosten zurückblieben. Darüber hinaus versuchten die Unternehmer oftmals, AFL und CIO gegeneinander auszuspielen, so daß Tarifkonflikte oft mit der Existenzfrage einer Gewerkschaft verbunden waren, was sie umso erbitterter machte. Diese Streiks waren an Zahl und Ausmaß keineswegs umfassender als in den Jahren

¹⁴¹ ACWA Press Release, January 28, 1941, ACWA Papers, File Anthology of Historical Documents, Part VII, 1940-1945, The War, zit. nach Lenburg, *CIO*, p.77

¹⁴² Lenburg, *CIO*, p. 76-78

¹⁴³ Lenburg, *CIO*, p. 79

zuvor.¹⁴⁴ Was ihnen eine neue Qualität verlieh, war die Tatsache, daß mit jedem Streik in einem verteidigungsrelevanten Betrieb auch die Frage der nationalen Sicherheit involviert war.¹⁴⁵ Einige Bereiche der Verteidigungsindustrie waren erst seit 1937 gewerkschaftlich organisiert, so daß die Unerfahrenheit der Tarifpartner oft zur Verschärfung von Konflikten beitrug. Weite Teile der Öffentlichkeit werteten diese Streiks als Angriffe auf das Verteidigungsprogramm und sahen im Verhalten der Streikenden egoistisches Gruppeninteresse, das sich seinen Weg bahne, ohne das nationale Interesse im Auge zu behalten.¹⁴⁶

Der Industrial Council Plan (ICP)

Die Führung des CIO war extrem besorgt über das zunehmend feindliche öffentliche Umfeld. Um dem entgegenzutreten, veröffentlichte sie 1941 eine Broschüre, in der sie sich gegen den Vorwurf zur Wehr setzte, der CIO sabotiere die nationale Verteidigung. Der Herausgeber, I. F. Stone, schrieb, der CIO stehe voll und ganz hinter dem Verteidigungsprogramm und machte die Voreingenommenheit der Presse für die feindselige Stimmung in der Öffentlichkeit verantwortlich. In weiteren Artikeln legten Brophy, Carey und Murray dar, daß der CIO den Krieg in Europa als einen Kampf zwischen Tyrannis und Demokratie betrachtete und daß die Länder, die sich der faschistischen Aggression widersetzen, die volle Unterstützung des CIO genössen.¹⁴⁷

Unter anderem enthielt das Büchlein den *Industrial Council Plan (ICP)* Philip Murrays'. Der ICP war keineswegs eine Reaktion auf einen

¹⁴⁴ Nach Seidman, Joel: *American Labor from Defense to Reconversion*. Chicago, U. of Chicago Pr. 1953, p.41 gingen 1940 nur 6,7 Mio Arbeitstage durch Streiks verloren, 1939 dagegen 18 Mio, 1937 sogar 28 Mio.

¹⁴⁵ So Frances Perkins in einem Brief an die New York Times, in: *Congressional Digest*, April 1941, p.118-119, und Dr. W. M. Leiserson, Mitglied des NLRB, in: *Congressional Digest*, April 1941, p.121; Seidman, *Labor*, p. 41

¹⁴⁶ Seidman, *Labor*, p.42

¹⁴⁷ Lenburg, *CIO*, p.82

Stimmungswandel in der öffentlichen Meinung, sondern ein Versuch, die politische Initiative zu ergreifen. Er war bereits Anfang Dezember 1940 von der CIO-Führung beschlossen und am 14. Dezember 1940 Roosevelt vorgelegt worden. Der ICP enthielt weitreichende Forderungen des CIO in bezug auf das Verteidigungsprogramm, war allerdings auch ein Kooperationsangebot an Regierung und Unternehmer. Der ICP sah die Einrichtung sogenannter *industry councils* vor, die zu gleichen Teilen aus Management und Gewerkschaftsvertretern (im NDAC stellten die Unternehmer die Mehrheit) bestehen und denen ein Regierungsvertreter vorsitzen sollte. Diese Aufsichtsgremien sollten weitreichende Kompetenzen haben. Sie sollten für die effiziente Verteilung von Verteidigungsaufträgen, die Festsetzung von zivilen wie militärischen Produktionszielen sorgen und durch Vermittlung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern den Tariffrieden sichern. Die Gewerkschaften hätten nach diesem Plan über Produktion, Investitionen und die Allokation der Ressourcen mitentscheiden können. Das ging weit über das hinaus, was jemals Gewerkschaften in einer Marktwirtschaft zugebilligt worden war (und ist) - selbst in Ausnahmesituationen.

Der Tariffrieden müsse, so der ICP, durch "sound collective bargaining" gesichert werden, und zwar " (in) adherence to all laws affecting the rights and welfare of labor, such as the social security law, the Wages and Hours Act, the National Labor Relations Act, the Walsh-Healey Act, and others." Murray verlangte nichts anderes als *collective bargaining* auf nationaler Ebene für ganze Industriebranchen (i. e. Flächentarifverträge) und bestand auf der Einhaltung der Bestimmungen des *Wagner Act*. Eine zwangsläufig staatlich regulierte Kriegswirtschaft bot die beste Möglichkeit, *collective bargaining* in der amerikanischen Industrie als Regelfall zu etablieren. Murray diskutierte in dem Memorandum keineswegs die Notwendigkeit gesteigerter Rüstungsanstrengungen, er setzte diese Notwendigkeit voraus. Ihm ging es um die innenpolitischen Bedingungen, unter denen die Rüstung organisiert wurde. Die Verknüpfung von innen- und außenpolitischer Agenda geschah auch unter Hinweis auf die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges. In einem Beitrag für eine

Zeitschrift erläuterte er, effiziente Produktion sei abhängig von stabilen Tarifverhältnissen. Dazu zitiert er den früheren Präsidenten William Howard Taft, der als Vorsitzender des *National War Labor Board* im Ersten Weltkrieg die Unfähigkeit von *Bethlehem Steel*, seine Produktionsquoten zu erfüllen, in den schlechten Arbeitsbedingungen sah, die wiederholt zu Streiks führten. Effiziente Rüstung sei abhängig von stabilen industriellen Beziehungen, und die könne es nicht geben, solange die Bestimmungen des *Wagner Act* nicht eingehalten würden.¹⁴⁸

...we cannot defend our democratic society by fortifying industrial dictatorships...First we must encourage and extend the democratic way of life in government and industry; second, we must develop adequate defenses against the enemies of democracy from without.¹⁴⁹

Murray versuchte nicht nur, die *Legitimität* der Anliegen des CIO zu erklären, sondern auch ihren *Nutzen* im Hinblick auf das Verteidigungsprogramm, das er als notwendig betrachtete. Das Verteidigungsprogramm sollte zur Durchsetzung dieser Anliegen instrumentalisiert werden.

Es gab im wesentlichen drei Motive für den Industrial Council Plan. Weite Teile des rechten Flügels sahen es als unabwendbar an, daß die USA den Alliierten zur Seite stehen müßten und daß die Rüstungsindustrie immer mehr der Steuerung durch die Regierung unterliegen werde. Eine gesteuerte Wirtschaft sollte aber die Fortschritte, die die Gewerkschaften unter dem New Deal gemacht hatten, nicht untergraben, sondern nach Möglichkeit ausbauen. Darüber hinaus würde der *Industrial Council Plan* die Hochburgen der gewerkschaftsfeindlichen Konzerne - *Ford* und "*Little Steel*" - zwingen, Gewerkschaften in ihren Betrieben anzuerkennen und mit ihnen zu verhandeln. Täten sie dies nicht, würden sie nicht an dem durch die Rüstung ausgelösten

¹⁴⁸ Philip Murray : "Memorandum to President Roosevelt", Dec. 14, 1940 in: *Congressional Digest*, April 1941, p.124. Im gleichen Band auch eine Stellungnahme Perkins' und anderer zu den gewerkschaftsfeindlichen Gesetzesvorlagen. Zum ICP s. auch: Philip Murray: "The National Defense Program" in: *Survey Graphic*, Dec. 1940, p.611 und "The CIO Plan for Defense" in: *The New Republic*, Dec. 30, 1940

¹⁴⁹ Philip Murray: " The National Defense Program" in *Survey Graphic*, Dec. 1940, p.611

Boom teilhaben - eine Alternative, die für *Ford* und "*Little Steel*" die Anerkennung des CIO sicher als das kleinere Übel erscheinen ließ. Auch hofften Murray und die CIO-Führung sich so vor Öffentlichkeit und Kongress als verantwortungsvoll und konstruktiv darzustellen und sich wirksam dem konservativer werdenden Klima entgegenzustemmen.¹⁵⁰

Seit Ende 1940 wurden im Kongreß Gesetzesanträge diskutiert, die die Handlungsfreiheit der Gewerkschaften in den Verteidigungsindustrien einschränken sollten. Teils entsprangen diese Anträge echter Sorge um das Verteidigungsprogramm, teils sahen Gegner des *New Deal* hier die willkommene Möglichkeit, die Bestimmungen des *Wagner Act* ganz oder teilweise zu revidieren. Rep. Leland Ford (R-CA) verlangte die Auflösung des CIO und die Internierung von Streikenden in verteidigungsrelevanten Industrien "in concentration camps" (sic!). Rep. Howard Smith (VA) reichte einen Gesetzentwurf ein, der vorsah, Firmen, die einen *closed-shop*-Vertrag mit einer Gewerkschaft hatten, von Verteidigungsaufträgen auszuschließen.¹⁵¹

Diese Diskussion zog sich bis zum Ende des Jahres 1941 hin. Die Administration und prominente New Dealer nahmen dezidiert für die Gewerkschaften Stellung. So verwies Frances Perkins darauf, daß die Zahl der durch Streiks verlorenen Arbeitstage in den Verteidigungsindustrien von September 1940 bis Januar 1941 im Vergleich zum Vorjahr um 27 % zurückgegangen sei. Darüber hinaus seien die Schlichtungsmechanismen sehr erfolgreich: Streiks in Verteidigungsindustrien seien in der Regel kürzer als andere. Das spreche für die Kompromißbereitschaft der Tarifparteien.¹⁵²

¹⁵⁰ Josephson, *Hillman*, p.548

¹⁵¹ Lenburg, *CIO*, p.85

¹⁵² Weite Teile dieser Auseinandersetzung sind dokumentiert in: "Should Congress Pass New Laws to Control Labor Engaged on National Defense?", in: *Congressional Digest*, April 1941, pp. 108-128

Das National Defense Mediation Board (NDMB)

Trotz des Druckes auf sein Kabinett, die Organisation der Rüstungsindustrie einem profilierten amerikanischen Industriemanager zu übergeben, entschied Roosevelt, daß die Gewerkschaften unbedingt daran beteiligt werden müßten. Die Mobilisierung der Arbeitnehmer könne, so seine Ratgeber, keineswegs der Industrie oder den traditionell gewerkschaftsfeindlich eingestellten Depts. of War und Navy überlassen werden.¹⁵³ Noch im Januar 1941 wurde der NDAC durch das *Office of Production Management* (OPM) abgelöst. Der wesentliche Unterschied zum NDAC war die geringere Zahl der Kommissionsmitglieder, was den Entscheidungsprozeß straffen sollte, ohne gleichzeitig Roosevelt die Prerogative über die Organisation der Verteidigung zu entziehen. Mitglieder waren der Sec. of War, Stimson, Sec. of Navy, Knox, William Knudsen von *General Motors* und vom CIO Sidney Hillman. Wie auch viele andere der *alphabet agencies* diente das OPM sowohl der Problembewältigung als auch politisch-taktischen Zwecken: die Gewerkschaften sollten als Teil der New Deal-Koalition zufriedengestellt und der Öffentlichkeit Effizienz und Tatendrang zur Schau gestellt werden. Daß die Verteidigungsorganisation keineswegs der Industrie überlassen werden konnte, die den New Deal mit Zähnen und Klauen bekämpft hatte, war für eine Mehrheit in der Administration selbstverständlich. In den Worten von Hugh Johnson: "(We do not)...intend to let Morgan and Dupont men run a war."¹⁵⁴

Im März 1941 reagierte Roosevelt auf die wachsende Streikwelle mit der Gründung des *National Defense Mediation Board*. Es bestand aus Vertretern von Regierung, Gewerkschaften und Unternehmern. Für den CIO saßen in dieser Behörde Phil Murray und Thomas Kennedy. Die Aufgabe des NDMB war es, Streitigkeiten zwischen Gewerkschaften und Unternehmern in der

¹⁵³ Josephson, *Hillman*, p.530

¹⁵⁴ Polenberg, Richard: *War and Society. The United States 1941-1945*. Philadelphia, Lippincott 1972 .p.7

Verteidigungsindustrie zu schlichten. Es entsprach in seiner Struktur somit den *industry councils* des *Industrial Council Plan*, wenn auch seine Kompetenzen nicht in die Bereiche von Produktion und Allokation reichten.

Lewis und der linke Flügel standen OPM und NDMB ablehnend gegenüber. Hillman, so Lewis, sei nun Repräsentant der Regierung in der Gewerkschaft, anstatt Vertreter der Gewerkschaft in der Regierung zu sein. Die Führung des CIO war hingegen zur vollen Kooperation mit der Administration bereit. Von Hillman als CIO-Funktionär konnte man Entgegenkommen erwarten; darüber hinaus hatte die Einrichtung des NDMB zunächst die Stimmen verstummen lassen, die Einschränkungen des Streikrechts in Verteidigungsindustrien forderten.¹⁵⁵

Obwohl das NDMB bei einigen bitteren Streiks erfolgreich vermitteln konnte, verschärfte sich in den Monaten ab April die Streiksituation kontinuierlich. Anfang April traten Lewis' Minenarbeiter in den Ausstand, kurz darauf schlossen die UAW das große River Rouge Werk von Ford. Ford versuchte seit Jahren, mit Hilfe der Gerichte NLRB-Entscheidungen zu unterlaufen und mit allen möglichen anderen legalen und illegalen Mitteln die gewerkschaftliche Organisation seiner Betriebe zu verhindern. Im Februar 1941 schließlich lehnte es der Supreme Court ab, eine Entscheidung des NLRB gegen Ford zur Verhandlung zuzulassen. Öffentlichkeit und Administration wurden zunehmend ungehaltener über die Weigerung von Ford und "Little Steel", das nunmehr seit Jahren existierende Arbeitsrecht zu akzeptieren.

Das war für die Gewerkschaften das Signal zum Handeln. Nach einem kurzen Streik gab Ford nach und akzeptierte die UAW-CIO nach der üblichen Abstimmung unter den Arbeitern als Tarifverhandlungspartner. Auch bei den "Little Steel" Companies kam es nach der Bestätigung einer NLRB-Entscheidung vor Gericht zu einer Einigung. Grund für diesen Rückzug war

¹⁵⁵ Lenburg, *CIO*, p.86

offensichtlich, daß nach dem Scheitern vor Gericht und kurz vor einem Rüstungsboom, der auf einer ständigen und erweiterten Stahlproduktion beruhte, es profitabler für die letzten noch unorganisierten Konzerne war, sich dem Arbeitsrecht zu beugen, als Produktionseinbußen durch Streiks hinzunehmen.¹⁵⁶ Damit waren die letzten Hochburgen der Gewerkschaftsgegner gefallen und das wichtigste Ziel des CIO erreicht: Die Anerkennung der CIO-Gewerkschaften als Vertragspartner durch die Arbeitgeber, und, damit verbunden, die weitgehende gewerkschaftliche Organisation der Massenproduktionsindustrien. Auch wenn das Einlenken der Arbeitgeber in erster Linie wirtschaftliche Gründe gehabt haben mag, so wäre doch ohne das Engagement der Roosevelt-Administration zugunsten der Gewerkschaften nicht möglich gewesen.

Höhepunkt der Streiks in der verteidigungsrelevanten Industrie - sowohl hinsichtlich der Konsequenzen als auch der öffentlichen Aufmerksamkeit - war der Streik bei *North American* in Inglewood, Kalifornien. Dort wurden Kampfflugzeuge hergestellt, die von großer Bedeutung für die Luftschlacht um England waren.¹⁵⁷ Zunächst hatte das NDMB von der lokalen UAW eine Zusage erhalten, solange nicht zu streiken, bis das NDMB eine Untersuchung der strittigen Fragen abgeschlossen hatte, was das gängige *procedere* bei Schlichtungsverhandlungen war. Dessen ungeachtet rief Wyndham Mortimer, ein Kommunist, der die lokale UAW leitete, die Arbeiter zum Streik auf - was von der nationalen Führung des CIO sofort scharf verurteilt wurde. Mortimer wies mehrere Vermittlungsvorschläge des NDMB zurück. Als selbst die Drohung mit dem Ausschluß aus dem CIO fruchtlos blieb, schickte Roosevelt am 9. Juni Truppen, die das Werk besetzten und den Streik abbrachen.¹⁵⁸

¹⁵⁶ Seidman, *Labor*, p.47

¹⁵⁷ Josephson, *Hillman*, p.531-534

¹⁵⁸ Zum North American Streik s. Rose M. Stein: "Inglewoods Backwash" in: *The New Republic*, June 21, 1941, (Stein, "Backwash"), p. 715; Bernstein, *Turbulent*, p.765; Seidman, *Labor*, p. 48-49; Lenburg, *CIO*, p. 86-87

Murray verurteilte den Einsatz der Armee. Auch wenn er den wilden Streik ablehne, so sagte er der Öffentlichkeit, so hätte die Auseinandersetzung innerhalb des CIO beigelegt werden können, wenn man nur mehr Zeit gehabt hätte. Viele im CIO fürchteten, daß das Vorgehen des Präsidenten einen Präzedenzfall geschaffen hatte. *Labor's Non-Partisan League* nannte den Einsatz die "schwärzeste Woche" in der Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung.¹⁵⁹

Gleichzeitig wuchs die Kritik innerhalb des CIO am Konfrontationskurs des linken Flügels. Denn der *North American* -Streik wurde als politischer Streik beurteilt, in dem es nicht um Löhne und Arbeitszeiten ging, sondern darum, Sidney Hillman und Roosevelt in politische Verlegenheit zu bringen: "The most pro-labor president in American history was forced to use federal troops in a strike."¹⁶⁰ Der Blick auf die Erfolge des *collective bargaining* wurde verstellt: Allein im April und Mai 1941 hatten SWOC und UAW fast 1100 Tarifverträge ausgehandelt, davon 68 in der Luftfahrtindustrie. Die Rufe im Kongreß nach neuer Streikgesetzgebung wurden wieder lauter. Beim Streik der *Woodworker's Union* zeigte sich, daß hier die kommunistische Führungsspitze der WU nicht unbedingt die Interessen ihrer Mitglieder vertrat, als sie die Vermittlungsvorschläge des NDMB ablehnte, denn eine Urabstimmung ergab eine 70-prozentige Mehrheit für die Annahme der NDMB-Schlichtung.¹⁶¹

In einem Rundbrief an alle CIO-Gewerkschaften griff Murray nochmals Roosevelt wegen des Truppeneinsatzes bei *North American* an, verurteilte eine Anweisung des *Selective Service System*, streikende Arbeiter zum Wehrdienst einzuziehen sowie die im Kongreß eingebrachten gewerkschaftsfeindlichen Gesetze. Die CIO-Führung, so Murray weiter, werde sich mit aller Macht stellen gegen

...the subversive work of any group in the United States, wether corporate, communist, nazi

¹⁵⁹ Seidman, *Labor*, p.49

¹⁶⁰ Stein, "Backwash", Seidman, *Labor*, p.48

¹⁶¹ Stein, "Backwash"

or fascist, that may be interesting themselves in the promotion of selfish things designed to undermine the interest of the United States of America in its national defense effort.¹⁶²

Das waren deutliche Warnungen. Gerüchte begannen sich zu verstärken, daß Murray und seine Verbündeten bald versuchen würden, den linken Flügel aus dem CIO zu drängen. Zu diesem Zeitpunkt hätte er sogar die Unterstützung Roosevelts gehabt, der mit seinen Beratern der Ansicht war, daß gegen die Obstruktionspolitik der Kommunisten im CIO etwas unternommen werden müsse.¹⁶³ Zu einem Machtkampf innerhalb des CIO kam es jedoch nicht: Die Linke stellte einen nicht unwesentlichen Teil der CIO-Gewerkschaften und Murray mochte eine Spaltung und Schwächung des CIO zu einem Zeitpunkt fürchten, der so entscheidend für die Beteiligung der Gewerkschaften an der Kriegswirtschaft war. Denn die Ziele des CIO, für die Murray in einem Beitrag für die *Nation* im Juni nochmals öffentlich warb, waren trotz aller Zerstrittenheit innerhalb des Dachverbandes nur zu erreichen, wenn der CIO weiterhin eine mächtige und mitgliederstarke Organisation blieb.¹⁶⁴

Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion

Am 22. Juni 1941 begann das sogenannte "Unternehmen Barbarossa", der deutsche Überfall auf die Sowjetunion. Das machte die Sowjetunion zum *de facto*-Verbündeten Großbritanniens und weitete den Krieg auf unabsehbare Zeit und mit unabsehbaren Folgen aus.

Sollte die CIO-Führung Überlegungen angestellt haben, die Linke auszugrenzen, so wurden diese mit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion gegenstandslos. Denn die Linke vollzog nach der Abkehr von der

¹⁶² Zit. nach Lenburg, *CIO*, p. 87

¹⁶³ So bei Burns, *Soldier*, p.14. Lenburg, *CIO*, p.88 spricht hier von "what they believed to be communist elements in the labor movement." Die radikalen Kehrtwenden bei jeder Änderung der sowjetischen Politik legen jedoch den Schluß nahe, daß ein großer Teil der Linken Kommunisten waren oder sich zumindest eng an die Parteilinie hielten. Lenburg unterstellt hier für die frühen vierziger Jahre ein politisches Klima, wie es in den frühen fünfzigern herrschte.

¹⁶⁴ Philip Murray: "The Worker and Defense", in: *The Nation*, June 28, 1941, pp. 745-747

Volksfrontpolitik im Gefolge des Hitler-Stalin Paktes eine weitere außen- und auch innenpolitische Kehrtwende und drängte die Administration nun förmlich zur Parteinahme auf Seiten der Sowjetunion. Julius Emspak, ein prominenter Funktionär des linken Flügels, erklärte, daß der Krieg in Europa bislang kein Krieg gegen den Faschismus gewesen sei, weil die Westmächte bislang vor Hitler kapituliert hätten.¹⁶⁵

Angesichts der Tatsache, daß die Sowjetunion nunmehr zwei Jahre gemeinsame Sache mit Hitler gemacht hatte, ihm *de facto* den Rücken zur Führung des Frankreich-Feldzuges freigehalten hatte, sich mit Billigung Hitlers die Hälfte Polens und die baltischen Staaten angeeignet hatte, klingt diese Stellungnahme nur aus dem Blickwinkel eines Stalinisten überzeugend. Len DeCaux, Chefredakteur der CIO-News und Kommunist, unterschlägt in seinen Memoiren die Kehrtwende der Kommunisten völlig und berichtet lediglich vage, der Überfall auf die Sowjetunion "...caused many reversals of policy."¹⁶⁶ Der linke Flügel innerhalb des CIO richtete seine außenpolitischen Bekenntnisse strikt nach denen des Komintern und der Sowjetunion. Lenburg schildert zwar die Wende der Linken, stellt sie jedoch mit keinem Wort in ihren außenpolitischen Zusammenhang und läßt die Kongruenz der außenpolitischen Stellungnahmen der Linken mit denen des Komintern unerwähnt. Lenburg läßt weiterhin unerwähnt, wie sich die innergesellschaftliche Strategie der Kommunisten im CIO aufgrund der neuen außenpolitischen Lage wandelte.¹⁶⁷

Nacheinander forderten alle Gewerkschaften des linken Flügels, die zuvor ein amerikanisches Engagement strikt abgelehnt hatten, schnelle und entschiedene Hilfe für Großbritannien und die Sowjetunion. In einem Pamphlet der UE, "Why we fight Hitler", argumentieren die Autoren, daß die Sicherheit der USA bedroht sei, da Deutschland mit dem Angriff auf die Sowjetunion

¹⁶⁵ Emspak, Julius: "The Reminiscences of Julius Emspak", p.344-346

¹⁶⁶ DeCaux, Len: *Labor Radical. From the Wobblies to the CIO.* Boston, Beacon Pr. 1969, p. 401

¹⁶⁷ Lenburg, CIO, p. 89

bewiesen habe, daß es die gesamte Welt versklaven wolle. Anfang November drängte die *National Maritime Union* den Kongreß, Hitler den Krieg zu erklären. Die *UE News*, die Philip Murray bislang in ihrer Berichterstattung ignoriert hatte, unterstützte nun seine Wiederwahl, veröffentlichte im Oktober erstmals seinen *Industrial Council-Plan* und warnte vor jeglichen Unterbrechungen der Produktion durch Streiks.¹⁶⁸

Die Abscheu vieler Beobachter angesichts der Kehrtwende des linken Flügels drückte James Carey aus. Ganz entgegen der Argumentation Emspaks', so schrieb er in den *UE News*, habe der Krieg gegen den Faschismus mit der Invasion Polens begonnen, nicht erst mit dem Angriff auf die Sowjetunion. Damals hatte er sich den Zorn der kommunistischen Funktionäre zugezogen, weil er für Hilfe an Großbritannien eingetreten war. "Communists who appeased Hitler for two years and shared his plunder, are no different from the Communists who are now the victims of his latest attack." Diese deutlichen Worte führten 1941 zur Abwahl Careys als Präsident der UE - ein Beweis für die starke Position der Kommunisten in dieser Gewerkschaft. Andere Gewerkschaften wie die UAW verabschiedeten allerdings bereits zu dieser Zeit Unvereinbarkeitsbeschlüsse, denen zufolge Mitglieder der Kommunistischen Partei nicht gleichzeitig Ämter bei den UAW bekleiden konnten.¹⁶⁹

Mit der Ausweitung des Krieges in Europa im Sommer 1941 stieg sowohl der Handlungsdruck auf die Administration als auch der Druck auf die Gewerkschaften, sich an der Organisation der Rüstungsanstrengungen zu beteiligen. Bislang hatte der CIO strikt auf dem *Industrial Council Plan* beharrt. Politik des OPM war es jedoch, die Gewerkschaften lediglich in Fragen, die direkt die Arbeitsorganisation oder die Schulung betrafen, an Entscheidungen zu beteiligen. Seit Juli 1941 begannen immer mehr Einzelgewerkschaften, sich an den *Labor Advisory Committees* des OPM zu beteiligen und sich so Einfluß und

¹⁶⁸ Lenburg, *CIO*, pp.89-90

¹⁶⁹ Wechsler, James A.: "Carey and the Communists" in: *The Nation*, Sept. 13, 1941, p. 224-225

Handlungsspielraum zu bewahren. Die *United Rubber Worker's Union* (URW) formten noch im Sommer ein *Labor Advisory Committee*. Bald folgten die UAW, die *Silk and Hosiery Workers* und die *Aluminium Workers*. Vor der Convention im November 1941 kooperierten bereits weit mehr Gewerkschaften mit dem OPM, als die offizielle Haltung der CIO-Führung vermuten ließ.¹⁷⁰

Die CIO-Convention von 1941

John Lewis und den UMW konnte man mangelnde Prinzipientreue nicht vorwerfen: auch nach dem Angriff auf die Sowjetunion blieb er Isolationist. Im August 1941 schloß er sich 15 prominenten Republikanern an (unter ihnen Alf Landon und Herbert Hoover), die die Politik der Hilfe für die Alliierten scharf kritisierten. Lewis forderte Murray auf, die Außenpolitik Roosevelts auf der *Convention* zu attackieren. Als Murray dies ablehnte, war Lewis' Reaktion unzweideutig: "It was nice to have known you, Phil." Lewis boykottierte die 1941er *Convention*. Seine Tochter Kathryn, aktiv im *America First Committee*, kritisierte auf der Convention die avisierte Resolution zur Außenpolitik Roosevelts. Die UMW-Delegierten blieben während einer Demonstration für Roosevelts Außenpolitik auf dem Gewerkschaftskongreß unbeteiligt sitzen. Doch Lewis' Machtbasis war auf die UMW zusammengeschnitten: "John L. Lewis was both in isolation and an isolationist".¹⁷¹

Das zeigte sich deutlich auf der 1941er Convention. Rechte und Linke waren vereint in ihrer Entschlossenheit, die amerikanische Hilfe für die Alliierten zu unterstützen. Philip Murray wurde mit großer Mehrheit und den Stimmen des rechten und linken Flügels wiedergewählt. Die Resolution zur Außenpolitik stellte fest, daß Hitler direkt die Sicherheit der USA bedrohe und forderte enge Kooperation mit Großbritannien, der Sowjetunion und China. Die

¹⁷⁰ Alan Walker: "The CIO goes out for Defense" in: *The New Republic*, Oct. 13, 1941, p. 467-468

¹⁷¹ Bernstein, *Turbulent Years*, p.752

Bewaffnung amerikanischer Handelsschiffe wurde ausdrücklich begrüßt.¹⁷² Murray drängte in seiner Begrüßungsrede auf "wholehearted support of the President's foreign policy."¹⁷³ In seinem Rechenschaftsbericht betonte er die Notwendigkeit, den Alliierten "all possible economic and material aid" zukommen zu lassen. Eine direkte Intervention der USA forderte er nicht, doch die außenpolitische Lagebeurteilung war deutlich: "(Hitlerism) must be defeated and destroyed." Damit war der Schritt von der Forderung uneingeschränkter Hilfe an die Alliierten zur Forderung nach der Niederlage Nazi-Deutschlands getan. Die internationale Rolle der Vereinigten Staaten beurteilte er deutlich anders als Lewis ein Jahr zuvor: "It was clear that in this modern world our nation could not remain oblivious to foreign affairs."¹⁷⁴ Der *Industrial Council Plan* Murrays wurde bestätigt und befürwortet. Für die Resolutionen zur Außenpolitik sprachen sich in der Debatte sowohl Walter Reuther vom rechten Flügel als auch Harry Bridges, Mike Quill und Joseph Curran vom linken Flügel aus. Bridges erklärte sogar, daß die Kooperation des CIO in der Rüstungsindustrie keineswegs an die uneingeschränkte Implementierung des *Industrial Council Plan* gebunden sei: "It is not a question of taking our way or we won't play." Der CIO werde auf jeden Fall alles tun, um die Niederlage Deutschlands sicherzustellen.¹⁷⁵

Roosevelts Intervention im "captive mines"-Streik

Zur Zeit der jährlichen CIO-Convention im November 1941 waren die UMW in einen bitteren Streik um die sogenannten "captive mines" verwickelt. "Captive mines" wurden diejenigen Kohlebergwerke genannt, die den Stahlkonzernen gehörten. Während die Bergwerkskonzerne seit Jahren mit den Gewerkschaften kooperierten und *collective bargaining* praktizierten, waren die Stahlkonzerne nur unter größtem Druck bereit, Gewerkschaften als

¹⁷² *Daily Proceedings of the Third Constitutional Convention of the Congress of Industrial Organizations 1941* (Conv. Proc. 1941), p.134

¹⁷³ *Conv. Proc. 1941*, p.14

¹⁷⁴ *Conv. Proc. 1941*, p.40

¹⁷⁵ *Conv. Proc. 1941*, p.168

Verhandlungspartner zu akzeptieren. Das NDMB hatte in der Auseinandersetzung gegen die Bergarbeiter entschieden. Dies brachte die CIO-Führung in ein Dilemma: Unterstützte sie die UMW, lief sie Gefahr, Administration und Öffentlichkeit gegen sich aufzubringen und mußte befürchten, daß eine der gewerkschaftsfeindlichen Gesetzesvorlagen im Kongreß tatsächlich verabschiedet wurde. Roosevelt hatte zwar damit gedroht, es könne nötig sein, Streiks in den verteidigungsrelevanten Industrien gesetzlich zu unterbinden, doch bislang hatte die Administration immer noch auf eine Kooperationsstrategie gesetzt.¹⁷⁶ Entzog die CIO-Führung den Bergarbeitern ihre Unterstützung, so drohte die Abspaltung der mächtigen UMW vom CIO. Darüber hinaus hätte sie eine ihrer höchsten Prioritäten verleugnet: den *union shop*.

Murray entschied sich für die Unterstützung der UMW und bat die Delegierten auf der 1941er Convention um "unqualified support" für die Bergarbeiter.¹⁷⁷ Dieser Streik führte zum Kollaps des NDMB. Am 10. November entschied das NDMB mit neun zu zwei Stimmen gegen den *union shop* für die UMW. Die AFL-Vertreter hatten mit den Arbeitgebern gestimmt. Da 95 % der Minenarbeiter in der UMW seien, müsse die Gewerkschaft nicht um ihre Existenz fürchten, hieß es in dem Votum. Deshalb sei eine *union shop* Vereinbarung nicht nötig - eine Argumentation, die am Kern der Sache vorbeiging. Ziel des CIO war es, *collective bargaining* einzuführen und abzusichern. Zur Erzwingung dieses Zieles war institutionelle Sicherheit zwar ein wichtiges Mittel, das Ziel war und blieb jedoch die Anerkennung der Gewerkschaft als Interessenvertretung und einzigem Verhandlungspartner durch die Unternehmer. Es nutzte keiner Gewerkschaft ein Organisationsgrad von 95 %, wenn der Arbeitgeber sich weigerte, mit dieser Gewerkschaft verbindliche Tarifverträge auszuhandeln.

¹⁷⁶ Vgl. hierzu Frances Perkins' Stellungnahme in: "Should Congress Pass New Laws to Control Labor Engaged on National Defense?", in: *Congressional Digest*, April 1941, p.118

¹⁷⁷ Conv. Proc. 1941,p.17-19, 139; Seidman, *Labor*, p.52

Murray und Kennedy, die beiden CIO-Vertreter, traten nach dieser Entscheidung vom NDMB zurück. Damit war das Gremium, daß auf dem Prinzip der Vermittlung beruhte, politisch tot. Lewis stritt zwar in einem Brief an den Präsidenten ab, daß bei diesem Streik Fragen der nationalen Sicherheit involviert waren und bot an, später durch Sonderschichten die Produktionsverluste wieder aufzuholen, doch FDR sah dies anders.¹⁷⁸ Roosevelt drängte die Konfliktparteien weiter zur Einigung, denn die gesamte Stahlproduktion stand auf dem Spiel. Eine von ihm eingesetzte Kommission aus einem Regierungsvertreter, einem UMW-Funktionär, und Benjamin Fairless von *U.S. Steel* entschied kurz darauf über Fairless' Dissent hinweg für die Minenarbeiter.¹⁷⁹ Wieder einmal hatte sich Roosevelt auf die Seite der Gewerkschaften gestellt.

Der Smith Act

Die Intervention des Präsidenten zugunsten der Streikenden und der Sieg der UMW wurden überschattet von der Verabschiedung einer Gesetzesvorlage durch das Repräsentantenhaus, die das vorsah, was die Gewerkschaften so lange versucht hatten zu verhindern: Die Streikfreiheit wurde eingeschränkt. Diesmal setzte der Präsident seinen Einfluß im Kongreß nicht zugunsten der Gewerkschaften ein, wie er es noch im Sommer auf Murrays Bitte hin bei einer ähnlichen Vorlage getan hatte.¹⁸⁰ Der *Smith Act* sah eine 30-tägige Periode vor, bevor es zu Streikmaßnahmen kommen durfte, eine Urabstimmung unter der Aufsicht des Conciliation Service des Dept. of Labor und verbot Streiks zur Erlangung eines *closed shop*-Abkommens. Gewerkschaften, die illegal streikten, würden ihrer Rechte aus *Wagner Act* und *Norris-La Guardia Act* verlustig gehen.

¹⁷⁸ Brief Lewis an Roosevelt, 27. Okt. 1941, *The John L. (Lewellyn) Lewis Papers, 1879-1969*, Madison, State Hist. Soc. of Wisconsin 1970. Microfilm.

¹⁷⁹ Seidman, *Labor*, p.65-68

¹⁸⁰ Stein, Rose M.: "Lewis and the Communists", in: *The Nation*, Aug. 16, 1941, p. 141,

Pearl Harbor

Vier Tage nach der Verabschiedung des *Smith Act* durch das Repräsentantenhaus, am 7. Dezember 1941, griffen japanische Flugzeuge den amerikanischen Marinestützpunkt Pearl Harbor auf Hawaii an. Dieses Ereignis einte die Nation wie kaum zuvor. Die AFL-Führung versprach sofort, in den Verteidigungsindustrien nicht zu streiken, bestand aber prinzipiell auf dem Streikrecht als letztem Ausweg und lehnte den *Smith Act* weiterhin ab. Ähnlich reagierte der CIO:

The CIO has long and repeatedly advanced constructive proposals for achieving all-out production for national defense, including its industry council plan...It will now redouble its energies to promote and plan for ever-increasing production. At the same time the CIO will not be lax in defending the material interests of the working people....for decent wages and fair conditions are essential for industrial morale and increased production. And the voluntary effort of a free people defending its democratic rights is the best assurance that we shall out-produce the slave labor of Hitler.¹⁸¹

Der Angriff auf die USA machte jegliche Diskussionen um das militärische Engagement des Landes obsolet - wie auch den *Smith Act*. Nachdem Roosevelt am 15. Dezember zu einer *labor-management* Konferenz gerufen hatte und es in den darauffolgenden Wochen kaum noch zu Streiks kam, wurde der *Smith Act* nie dem Senat zur Entscheidung vorgelegt. Nach Pearl Harbor stand die amerikanische Gewerkschaftsbewegung - wie auch die amerikanische Gesellschaft insgesamt - geschlossen hinter dem Krieg gegen Deutschland und Japan und war - unter Wahrung ihrer Hauptforderung: Durchsetzung des Wagner Act - zu jeder Kooperation bereit, die der Verteidigung diene.¹⁸²

Während sich Murray Lewis gegenüber in jeder Hinsicht konziliant verhielt, forcierte Lewis offen den Bruch mit dem CIO. Als sein Plan der Wiedervereinigung der AFL und CIO Mitte Januar 1942 auf Ablehnung stieß, griff Lewis die CIO-Führung wütend an und bezichtigte sie der Kollaboration mit Kommunisten - angesichts seines eigenen Vorgehens ein erstaunlicher

¹⁸¹ CIO-News, Dec. 15, 1941 zit. nach Seidman, *Labor*, p.79

¹⁸² Seidman, *Labor*, p. 80; Lenburg, *CIO* p. 105

Vorwurf. Nachdem er Murray vor einem Tribunal von UMW-Funktionären hatte aburteilen und aus der Bergarbeitergewerkschaft ausschließen lassen, verließ er mit den UMW den CIO. Doch der Angriff auf Pearl Harbor ließ auch ihm keine Wahl: Anfang Januar versicherte er Roosevelt, die Bergarbeiter würden alles tun, um die Produktion nicht zu unterbrechen.

Zusammenfassung

In den eineinhalb Jahren vor Pearl Harbor machte der CIO erhebliche politische und wirtschaftliche Gewinne. Im Gefolge des sich entwickelnden Booms stieg die Mitgliederzahl um 1,5 Mio. an. Ford und die "Little Steel" Companies akzeptierten *collective bargaining* und den *union shop*. Firmen, die sich jahrelang gegen den *Wagner Act* gesträubt hatten, mußten nun in den Gerichten und an der Tarifffront den Rücktritt antreten und die Entscheidungen des NLRB akzeptieren. Die Zahl der Streiks stieg zwar 1941 leicht an, doch wurde ihnen nur deshalb größere Wichtigkeit beigemessen, weil nun bei jedem Streik auch die Frage der nationalen Sicherheit involviert war. Teils waren diese Streiks ganz normale Auseinandersetzungen im Rahmen der Organisationskampagne des CIO, teils waren sie darauf zurückzuführen, daß Isolationisten oder Kommunisten in einigen Gewerkschaften in Schlüsselpositionen saßen.¹⁸³

Die Kommunisten vollzogen in ihrer Bewertung der Außenpolitik nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion eine radikale Kehrtwende. Sie forderten auf einmal alle nur denkbare Unterstützung für Großbritannien und die Sowjetunion und verurteilten jegliche Streiks als gewerkschaftsfeindlich. Einige forderten sogar vor Pearl Harbour ein direktes militärisches Engagement der USA. Diese sklavische Unterwerfung unter die sowjetische Außenpolitik wurde im CIO und in der Öffentlichkeit mit einiger Empörung zur Kenntnis genommen. Die unglaublichen Kehrtwenden nach dem Hitler-Stalin-Pakt

¹⁸³ Seidman, *Labor*, p.53-54

und nach dem Überfall auf die Sowjetunion wurde später zum wichtigsten Baustein des gewerkschaftlichen Antikommunismus in den USA.

Der rechte Flügel des CIO - die Mehrheit der nationalen Führung - bewegte sich in seiner außenpolitischen Bewertung weitgehend im Einklang mit der öffentlichen Meinung und versuchte, mit einer gezielten politischen Kampagne auf die Gestaltung der Verteidigungsanstrengungen Einfluß zu nehmen. In einem Balanceakt versuchte die CIO-Führung, einerseits die Forderungen des CIO durchzusetzen und andererseits Kooperationsbereitschaft angesichts des heraufziehenden nationalen Notstandes zu zeigen. Der Erfolg zeigte sich, als die Gewerkschaften von Roosevelt als gleichberechtigte Partner in das OPM und das NDMB aufgenommen wurden und Roosevelt im "captive mines"-Streik zugunsten der Minenarbeiter intervenierte. Dabei nahm Roosevelt den Zusammenbruch dieses Vermittlungsgremiums in Kauf. Der *Industrial Council Plan* nahm zunächst den politischen Druck vom CIO, doch mit der zunehmenden Ausweitung des Krieges in Europa forderten Öffentlichkeit und Kongreß - die in ihrer Mehrheit im Sommer 1941 in den Auseinandersetzungen um Ford und "Little Steel" noch auf der Seite der Gewerkschaften gestanden hatten - Einschränkungen des Streikrechtes. Die Streikwelle des Jahres 1941 nahm sich zwar im Vergleich mit den Vorjahren eher bescheiden aus, doch die Öffentlichkeit reagierte äußerst sensibel, weil nun mit fast jedem Streik die Frage der nationalen Sicherheit verbunden war. Der Streik von John Lewis' *United Mine Workers* um die "captive mines" katalysierte schließlich die Verabschiedung des Smith Act, dem sich der Präsident - anders als bei früheren Gelegenheiten - nicht entgegenstemmte. Die Rüstungsproduktion war zur ersten politischen Priorität geworden. Pearl Harbor führte schließlich zu einer großen Koalition aus Regierung, Unternehmern und Gewerkschaften. Die USA befanden sich im Krieg und der CIO befürwortete und unterstützte die Kriegsanstrengungen.